

Viktor Krieger

Chronologie der antideutschen Maßnahmen in Russland bzw. der UdSSR

Der Problematik der Verfolgungen der deutschen Minderheit im Russischen Reich bzw. in der UdSSR möchte ich einige Erläuterungen voranstellen:

Vor 1914

Schon vor dem Ersten Weltkrieg war in Teilen der russischen Gesellschaft eine anti-deutsche Einstellung und eine Neigung zur Rechtseinschränkungen der deutschstämmigen Bürger zu beobachten. Hier sei vor allem auf nationalistische und populistische russische Presseberichte verwiesen. Freilich waren im zaristi-

schen Russland diese Restriktionen nur von punktueller Natur, vergleichbar mit manchen Einschränkungen gegen einige nationale (Juden, Polen, Ukrainer, etc.) und konfessionelle (Baptisten, Katholiken, Adventisten, Altgläubige etc.) Gruppen und Gemeinschaften.

Kriegsjahre 1914 – 1917

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der militärischen Konfrontation mit dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten verschärfte sich die Lage der deutschen Kolonisten schlagartig. Es

kam zu Zwangsversteigerungen des Besitzes der in frontnahen Gebieten Lebenden und zu anschließenden Deportationen.

Im kulturellen Bereich machte sich ein Verbot deutschsprachiger Zeitungen, des muttersprachlichen Unterrichts usw. bemerkbar. Deutsch klingende Ortschaften bekamen russische Namen; so wurde etwa bereits im August 1914 Petersburg in Petrograd umbenannt.

In der russischen Kriegsgesellschaft grassierten Spionomanie, Verdächtigungen und Denunziationen; manch ein Pastor wurde wegen "deutschfreundlicher" Hal-

tung nach Sibirien oder in den Ural verschickt. Hier sind auch die schwerwiegenden antideutschen Ausschreitungen in Moskau und anderen Städten im Mai und Juni 1915 zu berücksichtigen sowie die Anfang 1917 beschlossene Ausweitung der Liquidationsgesetzgebung. Zwangsveräußerungen des Landbesitzes russlanddeutscher Bauern sollten auf nahezu dem gesamten Territorium des Imperiums stattfinden (erst nach der bürgerlichen Februar-Revolution außer Kraft gesetzt). Dennoch ist nicht außer Acht zu lassen, dass zum Beispiel der Grundbesitz der Deutschen balten und der städtischen Deutschen insgesamt von den Zwangsveräußerungen verschont wurde; es kam zu keiner Relegation aus Gymnasien und Universitäten, deutschstämmige Soldaten und Offiziere blieben in der kämpfenden Armee, auch wenn sie zum Teil an die türkische Front verlegt wurden. Auch sind praktisch keine gerichtlichen Urteile wegen "Spionage" und Ähnlichem bekannt. Insgesamt war die Zivilgesellschaft in Russland noch weitgehend intakt, und es regte sich ein nicht unerheblicher Widerstand unter Parlamentariern und einflussreichen Politikern, in den lokalen Selbstverwaltungsorganen und auch seitens Kulturgrößen wie Wladimir Korolenko, der öffentlich in liberalen Zeitungen die antideutsche Stimmungsmache und diesbezügliche Maßnahmen der Regierung anprangerte.

Zwischenkriegszeit 1918 – 1941

Die Machtergreifung der Bolschewiki im Herbst 1917 stürzte das Land in den bluti-

Die Kommune "Aufbau" in Boaro, Wolga



Das oben zu sehende Bild wird heuer 80 Jahre. Es zeigt die erste Kommune "Aufbau" in dem Dorf Boaro, ASSR der Wolgadeutschen.

Unter den Abgebildeten befinden sich auch meine Eltern und Brüder sowie unsere Nachbarn. Mein Vater war Alexander des Christjan Schmidt, geb. 1887, meine Mutter Sophia Schmidt, geb. Specht, geb. 1893. Das Bild wurde aufgenommen, kurz nachdem eine Delegation aus Amerika angekom-

men war, die als Geschenk ein Auto und einen Traktor mitgebracht hatten, die auf dem Bild zu sehen sind. Einer der Besucher meinte zu meinem Vater, der Wirtschaftsleiter war: "Wie konntet ihr euch auf ein solches Zusammenleben einlassen? Wir sind doch Deutsche, und wenn wir nur eine Katze hatten, so war es doch 'unsere'."

Die Leute in der Kommune hatten Mut und arbeiteten fleißig, vor allem nach dem schrecklichen Hungerjahr. Sie hatte allerdings nicht lange Bestand.

Ich weiß das nicht aus eigener Erfahrung, denn vor achzig Jahren war ich ja noch ein Säugling auf Mamas Arm. Was ich weiß, habe ich aus den Gesprächen meiner Eltern erfahren.

Von den damaligen Kommunarden lebt natürlich keiner mehr. Wenn das Bild nur erzählen könnte! Es hat alle Strapazen mitgemacht, die auf uns zukamen.

**Anna Leneschmidt
(geb. Schmidt)**

**Am Mühlenkamp 18,
49393 Lohne
Tel.: 04442-72991**

gen Bürgerkrieg. Zusätzlich wurde Russland 1921-22 von einer Hungerkatastrophe heimgesucht, eine Folge der rücksichtslosen Lebensmittleintreibungen der Bolschewiken in den vorangegangenen Jahren.

Aufgrund ihrer allgemein besseren wirtschaftlichen Stellung waren deutsche Siedlungen von der Politik des Kriegskommunismus wesentlich stärker als russische oder ukrainische Bauern betroffen; deshalb stellte sich gerade unter ihnen ein überdurchschnittlich großes Massensterben ein. Diese Besonderheiten erklären auch die überdurchschnittlich hohen Opferzahlen bei der Zwangskollektivierung, der Verschickungen der wohlhabenden Bauern nach Sibirien bzw. in den Hohen Norden und während der erneuten Hungerjahre 1932-33. Die Kehrtwende zum Sowjetpatriotismus, zur Abschottung vom Ausland, die Konstruktion so genannter feindlicher Nationalitäten, die massiv ab Mitte der dreißiger Jahre zum Vorschein kam, betraf neben den Deutschen auch Sowjetbürger polnischer, finnischer, lettischer, estnischer, griechischer u.a. Nationalitäten, die einen "eigenen" Staat außerhalb der Grenze der Sowjetunion besaßen.

Ab 1935 erfolgten Deportationen unter anderem von Finnen, Polen, Deutschen, Iranern, Kurden und Koreanern aus den Grenzgebieten des Landes. Auch während des Großen Terrors waren die Diaspora-Minderheiten in wesentlich höherem Maße als vergleichsweise Russen, Ukrainer, Usbeken, Juden und andere etablierte Völker Strafverfolgungen ausgesetzt.

Bei alledem muss hinzugefügt werden, dass bis 1941 noch keine totale Entrechtung der Russlanddeutschen stattgefunden hatte. In der Wolgarepublik bekleideten sie wichtige Wirtschafts- und Sowjetämter, in der Ukraine, auf der Krim und im Kaukasus (falls sie nicht in einem Grenzgebiet lebten) war es ihnen erlaubt, in ihrem Wohnort zu verblei-

ben, in den alten deutschen Siedlungen entstanden überall Kolchosen und andere staatliche landwirtschaftliche Betriebe. Tausende deutsche Jugendliche studierten in den Städten Leningrad, Saratow, Odessa oder Moskau an Fach- und Hochschulen, wenn auch in russischer Unterrichtssprache. Das Leben schien sich nach dem Abflauen des Terrors kurz vor dem Krieg langsam zu normalisieren.

1941 – 1955: Die Periode des deutsch-sowjetischen Krieges bis zum Tod Stalins

In dieser Zeit erfolgten die gravierendsten Verletzungen der individuellen und kollektiven Rechte der russlanddeutschen Minderheit. Praktisch ausnahmslos wurden sie zu Personen minderen Rechts degradiert und aus allen Städten und ländlichen Siedlungen im europäischen Teil der UdSSR deportiert. Alle bis dahin noch verbliebenen kulturellen Einrichtungen, vor allem in der Wolgadeutschen Republik, wurden bedingungslos aufgelöst oder umfunktioniert.

Die Entrechtung der sowjetischen Bürger deutscher Nationalität war absichtlich nicht gesetzlich verankert worden, damit in der Öffentlichkeit der Schein einer "unverbrüchlichen" Freundschaft der Sowjetvölker weiterbestehen konnte. Durch interne Partei- und Regierungsbeschlüsse sowie NKWD-Instruktionen entstand jedoch bereits kurze Zeit nach ihrer Verbannung ein dichtes Netz diskriminierender Bestimmungen:

Den Deutschen wurde das Verlassen der neu zugewiesenen ländlichen Orte in Sibirien und Kasachstan verboten, das Studium an Hochschulen und weiterführenden Bildungsanstalten ausdrücklich untersagt. Man entthob sie leitenden Stellen und intellektuellen Beschäftigungen; so waren auch die Intellektuellen unter ihnen gezwungen, fortan ausschließlich schwere kör-

perliche Arbeit auf den Feldern zu verrichten.

Sofort nach der Bekanntgabe des August-Ukasses im Jahre 1941 setzte eine umfassende Aussonderung der Soldaten und Offiziere deutscher Abstammung aus den militärischen Einheiten und ihre Überführung in Baubataillons oder direkt ins Arbeitslager ein.

Nach der Entlassung aus dem Arbeitslager mussten die Deutschen noch bis Ende 1955 unter Sonderaufsicht ausharren und durften ohne Erlaubnis des zuständigen Kommandanten ihren Wohnort nicht verlassen. Die Partei- und Sowjetbehörden wie auch eine breite Schicht der Russen, Kasachen und Vertreter anderer Nachbarvölker betrachteten die deutsche Minderheit (Ähnliches lässt sich auch in Bezug auf andere deportierte Völker wie Tschechen, Kalmücken usw. sagen) als Vaterlandsverräter. Wichtige Rechte eines gewöhnlichen Sowjetbürgers blieben den Russlanddeutschen in dieser Zeit vorenthalten.

Die nachstalinsche Gesellschaft bis zur Perestrojka 1956 – 1985

Seit der vollständigen Befreiung von der Kommandanturaufsicht Anfang 1956 waren die Deutschen formalrechtlich auf personeller Ebene der übrigen Bevölkerung gleichgestellt. Die Zeit der willkürlichen Verhaftungen oder massenhaften Deportationen war endgültig vorbei.

Aber gleichzeitig wirkten verdeckt eine Reihe weiterer Begrenzungen und Benachteiligungen fort: Russlanddeutsche durften nicht in die vor 1941 bewohnten Orte zurückkehren, es war ihnen nicht gestattet, in einer bestimmten, festgelegten Anzahl von Gebieten sesshaft zu werden, wie zum Beispiel in den Grenzregionen oder im Baltikum. Für Estland, Lettland und Litauen galt das Verbot ab Anfang der

1970er Jahre wegen der massenhaften Übersiedlung aus dem asiatischen Teil der Sowjetunion zwecks Weiterreise nach Westdeutschland.

Zum anderen ist in besonderem Maße in Betracht zu ziehen, dass in der UdSSR politische, sprachlich-kulturelle und sozioökonomische Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Nationalitäten an das Vorhandensein einer territorialen Autonomie gebunden waren. Dabei handelte es sich beispielsweise um einen ungehinderten Zugang zu höheren Bildungsanstalten, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, muttersprachlichen Schulunterricht, Erforschung und Pflege – wenn auch im sowjetischen Sinne – der nationalen Geschichte und Kultur (Eröffnung und Finanzierung von höheren Lehranstalten, wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Theatern, Bibliotheken, Zeitungen und Zeitschriften, Verlagen usw.).

Noch schlimmer wirkten sich die germanophobe Regierungspolitik und eine insgesamt deutschfeindliche Einstellung eines Großteils der Sowjetbevölkerung auf die sprachlich-kulturelle Entwicklung, die politische Repräsentanz und die soziale Aufwärtsmobilisierung der deutschen Minderheit aus. Wegen der über die Geschichte und Kultur der "Sowjetbürger deutscher Nationalität" verhängten Informationsblockade wurden sie oft für tatsächliche oder erfundene Untaten des NS-Regimes als "deutsche Faschisten" in Haft genommen. Dies ging mit moralischer Abwertung einher und führte zu schweren psychischen Belastungen der Betroffenen.

Von 1985 bis heute

Trotz der unbestreitbaren Fortschritte auf dem Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft und funktionierenden Marktwirtschaft steht fest, dass in der Russländischen Föderation (RF) auch heutzutage die deutsche Minderheit gegenüber den Völkern mit

eigenem autonomen Territorium vor allem in politischen und sprachlich-kulturellen Bereichen strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt ist.

Ein wichtiges Beispiel wäre in diesem Fall das Problem der Berücksichtigung von legitimen nationalen Interessen. Nur territoriale Subjekte haben das Recht, in den Föderationsrat (zweite Kammer des Parlaments) je zwei Vertreter zu entsenden.

Somit können auf der höchsten Staatsebene nicht nur regionale, sondern auch ethnische Problemlagen der Titulvölker erörtert und ihre Lösung verlangt werden. Zum anderen gewährt der Artikel 68, Abs. 2, der Verfassung nur den nationalen Republiken das Recht, auf ihrem Territorium die Sprache des namensgebenden Volkes zur Staatssprache neben der russischen zu erklären.

Die Sprache und somit die Kultur der Statusvölker erfährt demzufolge eine staatliche Förderung und Unterstützung. Das betrifft auch nationale Museen und Theater, muttersprachiges Bildungs-, Zeitungs-, Verlags-, Funk- und Fernsehwesen, historische und ethnographische Forschungszentren, Denkmalspflege etc., um nur einige kulturelle und identitätsstiftende Institutionen zu nennen. Nicht zuletzt besitzen die territorialen Subjekte weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf die Nutzung der lokalen Bodenschätze und in der Steuergesetzgebung.

Deswegen verfügen zum Beispiel die Kalmücken, Jakuten oder Osseten als Titularnationen mit eigenem Territorium (Republik im Bestand der RF) über wesentlich mehr Möglichkeiten, ihren legitimen wirtschaftlichen, politischen oder sprachlich-kulturellen Forderungen Gehör zu verschaffen - sowohl durch ihre Vertreter und Abgeordneten in Moskau als auch auf lokaler Ebene - als die zwar zahlenmäßig größere, aber verstreut lebende und dazu noch "territoriallose" deutsche Minderheit.

Damit wird das Ausmaß der ethnischen Ungleichheit in der heutigen RF ersichtlich. Im Gegensatz zu anderen Nationalitäten verfügt die deutsche Minderheit in Russland etwa über keine einzige kulturelle Einrichtung mit gesicherter Finanzierung: kein nationales Theater, keine Literatur- oder Kulturzeitschrift, keine Radio- und keine Fernsehsendungen in eigener Sprache, keine nationale Universität, kein wissenschaftliches Institut, das die Kultur, Geschichte oder Literatur der Minderheit langfristig erforschen und die historischen Überlieferungen sichern könnte.

Sogar die Kosten des dringend benötigten Neubaus für das ehemalige Zentrale Archiv der Wolgadeutschen Republik in Engels musste die bundesdeutsche Seite im Jahr 2004 mit 400.000 Euro zum größten Teil (80% der Gesamtkosten) übernehmen, so als wäre im russischen Staat kein Geld vorhanden oder die 597.000 Deutschen, die laut Volkszählung von 2002 in der RF registriert sind, würden keine oder weniger Steuer als andere kleinere Völker zahlen.

Zum anderen darf die Langzeitwirkung der Jahrzehnte dauernden antideutschen Propaganda nicht unterschätzt werden. Eine große Mehrheit der russischen Bevölkerung und der Führungsschicht des Staates, sei es der Sowjetunion oder derzeit der Russländischen Föderation, scheint bis heute das Gefühl verinnerlicht zu haben, dass die Wiederherstellung der territorialen Autonomie dieser Volksgruppe ihrem nationalen Empfinden widersprechen und sogar den Triumph des errungenen Sieges über die "Deutschen" schmälern würde.

Deshalb kann man dagegen auch heute noch sowohl die ortsansässige Bevölkerung an der Wolga als auch zahlreiche Parlamentarier mit offen und latent deutschfeindlichen, an die heroischen Kriegsjahre und an Feindbilder des Kalten Krieges anknüpfenden Slogans mobilisieren.

Chronologische Tabelle (1914-1972)

A: 1914-1917

(Daten nach dem in Russland bis Anfang 1918 geltenden Julianischen Kalender, das heißt nach dem Alten Stil. Ab dem Jahr 1900 beträgt der Unterschied zu dem im Westen geltenden Gregorianischen Kalender 13 Tage.)

1914

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges werden 2.450.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft zahlreichen Restriktionen unterzogen, obwohl ca. 300.000 von ihnen in der russischen Armee dienen.

4. August: Demolierung und Ausplünderung der Deutschen Botschaft in St. Petersburg.

18. August: Die Hauptstadt St. Petersburg wird in Petrograd umbenannt.

Die Russische Militärführung der westlichen Frontabschnitte ordnet die Ausweisung zahlreicher "verdächtiger Elemente" und potentieller "Landesverräter" vor allem aus russisch-polnischen und baltischen Gouvernements an. Insgesamt werden bereits in diesem Jahr etwa 30.000 russische Bürger deutscher Herkunft belangt.

1915

2. Februar: "Liquidationsgesetze". Landbesitz russischer Untertanen deutscher, österreichischer und ungarischer Herkunft soll in einem 150 km tiefen Grenzstreifen zwangsveräußert werden. Davon sind vorerst Personen ausgenommen, die vor 1880 die russische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Die Militärverwaltung ordnet Deportationen der Deutschen aus den frontnahen Gouvernements ins Landesinnere an; vor allem Wohlyniendeutsche sind davon betroffen.

26.-29. Mai: Massenausschreitungen gegen Deutsche (antideutscher Pogrom) in Moskau mit mehreren Toten und Verwundeten. In den folgenden Wochen Unruhen und kleinere Übergriffe im ganzen Land.

14. Juni: Anordnungen der Militärverwaltung zur Aussiedlung der deutschen Kolonisten und Juden aus dem Gouvernement Wolhynien. Bis zum 20. Juli werden etwa 70.000 Wolhyniendeutschen in größter Eile ins Innere des Landes verschickt; weitere Ausweisungen von Gruppen und Einzelpersonen, wenn auch im geringeren Maße, dauern bis Mitte des nächsten Jahres an. Zuweisungsorte liegen in Sibirien, in den Wolga-Gouvernements und sogar in Turkestan.

Bis Ende des Jahres müssen weitere ca. 20.000 Siedler das Gouvernement Podolien und ca. 10.000 das Gouvernement Kiew verlassen.

13. Dezember: Verschärfung der Liquidationsgesetzgebung. Ankauf des Landbesitzes der russischen Untertanen "feindstaatlicher Herkunft" zu festen Preisen und nur durch die Bauern-Länderbank. Später soll das enteignete Land auf dem Wege der Kreditvergabe ausschließlich an russische Bauern, in erster Linie an Frontsoldaten verteilt werden.

1916 **1. Januar:** Offizielle Bestätigung der Duma(Parlaments)-Kommission “Zum Kampf gegen die deutsche Übermacht”, die eine aktive Tätigkeit gegen das “Inner Deutschland”, d.h. gegen eigene deutschsprachige oder -stämmige Bürger auf historischem, literarischem, publizistischem und rechtlichem Gebiet koordiniert und leitet.

Februar: Um die 11.450 Personen deutscher Herkunft müssen das Gouvernement Tschernigow räumen.

Insgesamt sollen im Verlauf des Krieges etwa 200.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft Zwangsverschickung erleben. Wie viele die beschwerlichen Strapazen der Aussiedlung, die lange Fahrt in den überfüllten Zügen und die vielfältigen Entbehrungen in den Bestimmungsorten nicht überlebt haben, lässt sich nicht einmal annähernd feststellen. *Auf jeden Fall handelt es sich um Tausende Menschenleben.*

1917 **6. Februar:** Ausweitung des Anwendungsbereichs der Liquidationsgesetzgebung auf fast alle Gouvernements und Gebiete des Reiches. Unter anderem ist die Zwangsveräußerung des gesamten Landbesitzes der Wolgadeutschen vorgesehen.

27. Februar: Bürgerlich-demokratische Revolution stoppt weitere Zwangsaussiedlungen und -enteignungen.

B: 1917-1941

1917 **25. Oktober (7. November Neuen Stils):** “Oktoberrevolution”, Machtergreifung der Bolschewiki.

1919 **Juli-August:** Bewaffnete Erhebung der deutschen Bauernschaft in Großliebental, Kreis Odessa, gegen bolschewistische Lebensmitteleintreibungen und Mobilisierungen.

Oktober-Dezember: Plünderungen, Brandschatzungen, Raub, Verwüstungen, Vergewaltigungen und mehrere hundert Morde gehen auf das Konto der Banden des Anarchisten Machno, insbesondere in den Mennoniten-Siedlungen der Südukraine.

1921 Auf Revolution und Bürgerkrieg folgt eine ganz Russland heimsuchende große Hungersnot, verursacht in erster Linie durch eine falsche Wirtschaftspolitik mit rücksichtslosen Lebensmittelrequisitionen, von denen die deutschen Dörfer an der Wolga und im Süden des Landes besonders stark betroffen sind.

März-April: Hungeraufstände in mehreren wolgadeutschen Dörfern werden brutal niedergeschlagen.

März: Unter dem Eindruck der landesweiten Unruhen und Bauernaufstände beschließt die Sowjetführung einen Übergang zur “Neuen Ökonomischen Politik” (NÖP, 1921-1928).

1918-1922 Die Zahl der Hunger- und Bürgerkriegsopfer allein unter den Wolgadeutschen – sowohl derer, die innerhalb der Grenzen des nationalen Autonomen Gebiets als auch außerhalb sesshaft sind, die Hungerflüchtlinge mit eingerechnet – wird auf 108.000 Menschen geschätzt. Für das Schwarzmeergebiet ist von einer Zahl von 50.000-60.000 Menschenleben auszugehen. *Unter Einbeziehung anderer Siedlungsräume in Sibirien, Zentralasien oder Zentral-*

1918-1922 *rusland sind für diese Jahre mindestens 180.000 - 200.000 Opfer unter der russlanddeutschen Minderheit zu beklagen.*

1924 Eine neue Hungersnot in der Wolgarepublik, die bei weitem nicht solche schrecklichen Ausmaße wie die zwei Jahre davor annimmt, fordert etwa **5.000 Menschenleben.**

1928-1932 Übergang zur Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, einhergehend mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern (“Kulaken”) und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden. Die Kulakendeportationen betreffen bis zu diesem Zeitpunkt etwa 50.000 Deutsche. Mehrere tausend werden von der GPU (Geheimpolizei) verhaftet und abgeurteilt. Die Strafen reichen von dreijähriger Haft bis zum Erschießen.

1932-1933 Erneute Hungerkatastrophe an der Wolga, in Kasachstan und in der Ukraine; eine Folge der überstürzten und unfreiwilligen Kollektivierung. *Insgesamt sterben nicht weniger als 100.000 Russlanddeutsche an den Folgen der stalinschen “Umgestaltung der Landwirtschaft”.*

1936 Nach einem Regierungsbeschluss über die Aussiedlung von 15.000 polnischen und deutschen Haushalten aus der Ukraine werden 69.283 Personen aus den Grenzgebieten nach Kasachstan verbannt; die Polen bilden mit etwa 75% das Gros der Zwangsausgesiedelten.

1937-1938 Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.345.000 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach den bislang veröffentlichten Opferlisten und der Schätzung der russischen Menschenrechtsorganisation “Memorial” kostet der *“Große Terror” etwa 55.000 Deutschen das Leben;* weitere 20.000 landen im Straflager (GULag).

C: 1941-1955

1941 **22. Juni:** Angriff von NS-Deutschland auf die Sowjetunion. Der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom selben Tag “Über den Kriegszustand” erlaubt die administrative Aussiedlung aller Personen, die als verdächtig oder unzuverlässig einzustufen sind, aus frontnahen Gebieten. Zahlreiche Verhaftungen u.a. von deutschen Emigranten und Russlanddeutschen durch die Staatssicherheit in den ersten Tagen und Wochen des Krieges gehen auf diese Bestimmungen zurück.

28. August: Verabschiedung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Aussiedlung der Deutschen aus den Wolgaregionen. Damit legalisiert das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Deportation seiner deutschen Bürger, die zu dieser Zeit bereits voll im Gange ist. Auflösung und Liquidierung aller kulturellen Institutionen: deutsche Museen, Bibliotheken, Theater, Zeitungen, Verlage usw. Schließung oder Umprofilierung von Bildungsstätten, Verbot des Unterrichts in deutscher Sprache. Bis zum 20. September werden 438.715 Wolgadeutsche aus der ehemaligen Re-

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE

1941 publik, aus den Gebieten Saratow und Wolgograd deportiert.
Die Verbannung der übrigen deutschen Diasporagruppen, die keinen "Autonomiestatus" besitzen, so zum Beispiel in der Ukraine, dem Trans- bzw. Nordkaukasus, den Städten Moskau, Leningrad oder Gorki, erfolgt in den darauffolgenden Wochen und Monaten auf geheime Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) und des Rates der Volkskommissare, auf Befehle des Volkskommissariats (Ministerium) des Inneren und der Kriegsräte einzelner Fronten.

Die ganze "deutsche Operation" verläuft unter Ausschluss von Presse und Öffentlichkeit und ist **zum Ende des Jahres 1941 im Wesentlichen abgeschlossen; bis dahin werden nach offiziellen Angaben insgesamt 794.059 Personen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Kasachstan und Sibirien "umgesiedelt"**.

8. September: Stalin unterschreibt die Direktive Nr. 35105 des Volkskommissariats für Verteidigung, die die Entfernung aller Deutschen aus den kämpfenden Einheiten, aus den Militärfach- und Hochschulen u.ä.m. anordnet. Offiziere werden nicht in die Reserve versetzt, sondern ins tiefste Hinterland abgeschoben; Frontsoldaten landen in Militär- oder Bautruppen. 1942 werden sie größtenteils in Zwangsarbeitslager überführt.

Zwangsaussiedlungen aus den Städten, Industriezonen, Rayonzentren und Maschinen-Traktoren-Stationen im östlichen Teil der UdSSR von Deutschen, die dort schon vor 1941, oft seit Generationen gelebt haben.

16. Oktober: Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans über die Ausweisung der örtlichen Deutschen aus den Städten der Republik.

30. Oktober: Verordnung des Rates der Volkskommissare "Über die Aussiedlung der Personen deutscher Nationalität aus den Industriezonen aufs Land". Dies betrifft vor allem die Gebiete Molotow (Perm), Tscheljabinsk, Swerdlowsk und Tschkalow (Orenburg).

1942 **6. Januar:** Regierungsverordnung "Über die Umsiedlung der Personen deutscher Nationalität in der Usbekischen SSR": Mehrere Tausende seit Generationen in Taschkent, Samarkand und anderen Städten lebende Russlanddeutsche werden in ländliche Siedlungen verbannt.

Durch Geheime Beschlüsse des GKO vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert. **Dabei sind etwa 60.000 - 70.000 Lageropfer zu beklagen.**

1943-1944 Etwa 340.000 vor allem Schwarzmeerdeutsche, die in den nationalsozialistischen Herrschaftsbereich geraten waren, werden beim Rückzug der Wehrmacht im Warthegau angesiedelt und erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft ("Administrativumsiedler").

1945 **8. Januar:** Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Deutschen und anderer deportierter Völker. Einrichtung von Sonderkommandanturen zur besseren Kontrolle der Sondersiedler

1945 **8. (9.) Mai:** Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches.

1945-1946 Repatriierung unter Zwang und falschen Versprechungen von ca. 210.000 "Administrativumsiedler". Sie werden in die Deportationsgebiete in Zentralasien und Sibirien gebracht und unter das Sonderregime des Innenministeriums gestellt.

1941-1945 **In den Sondersiedlungsorten in Sibirien und Kasachstan kommen aufgrund miserabler Unterbringungsbedingungen und fehlender Lebensmittel etwa 70.000 – 80.000 Deportierte ums Leben.**

1948 **21. Februar:** Verordnung des Ministerrates "Über die Verbannung, Ausweisung und über die Sondersiedlungen", die ein wesentlich strengeres Unterbringungsregime für die verbannten Völker anordnet.

26. November: Verschärfung der Bedingungen für Deutsche und andere Sondersiedler durch ein Dekret, das die Verbannung "auf ewig" fest schreibt und für unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes 20 Jahre Straflager vorsieht.

1941-1948 Tausende und Abertausende – **man kann von nicht weniger als 15.000 – 20.000 Fällen ausgehen** – sterben in den Nachkriegsjahren in der Verbannung vorzeitig, vor allem wegen der Hungersnot 1946-47. **Zusammen mit den Umgekommenen in Zwangslagern und Sondersiedlungen werden die Gesamtverluste der russlanddeutschen Minderheit in diesen Jahren auf nicht weniger als 150.000 - 160.000 Menschen geschätzt.**

1941-1953 Zahlreiche unfreiwillige Transfers der deutschen Sondersiedler in den Jahren der polizeilichen Kontrolle, beispielsweise aus den Einsatzorten in Sibirien nach Tadschikistan, aus Sibirien in die Kohlengruben des Gebietes Tula unweit von Moskau und wieder zurück usw.

1953-1955 Nach Stalins Tod (5. März 1953) vorsichtige Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft, beginnende Rehabilitierung der Opfer politischer Justiz, schrittweise Verbesserung der Lage der deportierten Völker.

1955 **13. Dezember:** Erlass über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der deutschen Sondersiedler und ihre Befreiung von der Kommandanturaufsicht. Die nun anderen Sowjetbürgern formal gleichgestellten Deutschen müssen schriftlich auf die Rückkehr in alte Heimattorte und ihr Vermögen verzichten

D: 1956-1972

1955-Mitte der 60er Jahre Im Zuge der widersprüchlichen Chruschtschow'schen Entstalinisierungspolitik werden unter anderem Zehntausende deutsche Justizopfer der 1930er-1940er Jahre gerichtlich rehabilitiert. Allerdings kann nur die Revision einer strafrechtlichen Verurteilung durch ein ordentliches Gerichts bzw. andere Organe mit gerichtlichen Befugnissen (Sonderkollegien, Dreier- bzw. Zweierausschüsse etc.) beantragt werden. Willkürliche Erschießungen und Verhaftungen während des Bürgerkriegs, Enteignungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft

1955-Mitte der 60er Jahre schaft, Deportationen und Verbannungen der 30er-40er Jahre, die Auflösung der Wolgadeutschen Republik, Einweisungen in Zwangsarbeitslager und ähnliche Unrechtstaten können weder juristisch angefochten werden noch zu einer Schadenersatzklage führen.

1964 **29. August:** Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verabschiedet ein Dekret über die Teilrehabilitierung der Wolgadeutschen. Dieser Rechtsakt hebt nur die Anschuldigungen über die aktive Unterstützung Hitler-Deutschlands auf. Die gesetzwidrige Aussiedlung der Wolga- und anderer Gruppen der Deutschen kommt nicht zur Sprache, geschweige denn eine territoriale Rehabilitation oder materielle Entschädigung. In den Massenmedien, Schulbüchern oder populärwissenschaftlichen Ausgaben darf dieses "Rehabilitierungs"-Dekret nicht veröffentlicht bzw. erwähnt werden.

1972 **3. November:** Durch einen Erlass werden die Einschränkungen in der Wahl des Wohnsitzes, die früher für Deutsche, Griechen sowie Bulgaren und Armenier von der Krim gegolten haben, aufgehoben. Seine Verabschiedung zeitige wegen der Geheimhaltung allerdings keine große Wirkung, weil die wenigsten Betroffenen davon Bescheid bekommen.

"Die Deutschen im Kama-Gebiet. 20. Jahrhundert"

Hg. "Wiedergeburt"
Solikamsk/Gebiet
Perm; russisch, illustriert, zahlreiche Archivadokumente; Preis 58,- (für drei Bände).

Das Buch (bestehend aus drei Bänden) greift tief in die dunkle Vergangenheit des Roten Terrors nach der Oktoberrevolution und die grausame Realität des Gulags im Gebiet Perm ein. Die Inhalte spannen einen Bogen von 1919 bis heute.

Zahlreiche Archivadokumente dokumentieren die Tätigkeit der

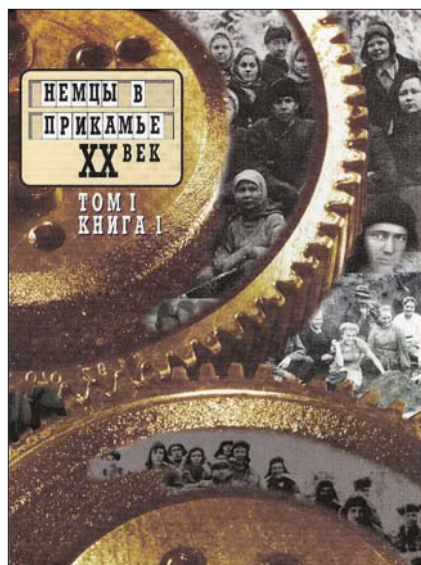
deutschen Sektionen in den Jahren 1919-1921, die Beziehungen zu deutschen Firmen in den Jahren 1928-1934 sowie das Leben der deutschen Fachleute im Gebiet Perm. Ein weiteres Kapitel rekonstruiert die Schicksale der verurteilten deutschen Trudarmisten 1941-1956 (mit einer Liste von Repressierten), dokumentiert die Verfolgung religiöser Vereinigungen, bietet Erinnerungen von Zeitzeugen und Beiträge über das heutige Leben der Deutschen im Gebiet Perm.

Das Buch ist reich illustriert und mit Archivadokumenten vervollständig; somit liefert es aufschlussreiche Informationen über das Schicksal von Verwandten und Bekannten.

Zu bestellen bei der Landsmannschaft unter:

Tel.: 0711-1665922, Fax: 0711-2864413

E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de



Dr. Alex Gorthe

Lebenslauf

Ach Gott! Ich bin jetzt neunundvierzig,
ich bin um vieles älter als Papa,
als sie sich trafen, beide zweiundzwanzig.
Es war im Lager, nahe bei Ufa.

Die Liebe kam - kein Fest und keine Trauung -
ganz heimlich, voller Sehnsucht und im Frost,
bei Trockenbrot und seltenen Besuchen
floh in die Freiheit er aus nebelfinstrem Ort.

In gleicher Nacht im grimmigen Dezember
durchsiebten ihn die Kugeln des MG.
Ein Stich ins Herz, ein Schrei aus ihrer Seele:
"Aljoschenjka, wie konnte das geschehn?"

Am Tag danach mit der zerfetzten Jacke
als Warnung allen, die die Flucht begehrt,
mit einem bitterem Lächeln des Bedauerns
lag tot im Schnee mein Vater Alexej.

Im Schoß der Mutter, Herz an Herz mit ihr,
zog ich auf ihren Füßen durch die Welt,
ich fühlte, dass ich eine Waise bleibe,
die man als Deutsche an den Pranger stellt.

Im Frühlingsmonat Mai siebenundvierzig,
man schickt' die Schwangere mit mir im Leib
nach Hause. Sonst wären wir verloren.
So wurde auf dem Weg ich bei Ufa geboren.

Doch weiter, immer weiter zum Altai.
wo Opa David lebte, David Gorte,
in einer Hütte, die er mit meiner Oma teilte
und noch zehn Seelen unsrer Menschensorte.

Das wurde unser Heim, unsere Familie.
Sie waren unsre Eltern, unser Hort.
Sie trösteten Mama, wenn diese weinte,
und schauten nach der Ordnung immerfort.

Doch Mama war dem Elend nicht gewachsen,
ihr Geist verfiel in einer finstern Nacht,
sie grenzte ab sich von der bösen Menschheit,
kaum dass das Los zum Opfer sie gemacht.

Doch weiter schaukelte die Wiege, alles dreht' sich,
die Kerze kämpfte um das Licht im Haus,
die leibliche Tante war es, die gehegt mich,
und dennoch fiel ich aus der Wiege raus.

Dann sitz' ich auf dem Schoß von meiner Oma,
den Tag aus jener Zeit vergess' ich nie:
Es dampft die Milch, sie spritzt im Sommer
in Eimer, die im Griffe Omas Knien!

"Der bleibt nicht lang am Leben", hieß es, "leider,
der Junge steht das Ganze niemals durch."
Doch Omas Hände nach dem Melken heilten
selbst Typhus, Wunden und auch meine Ruhr.

Ach, Opa David, liebe Oma Lisabeta,
ich kann euch sicher niemals mehr verwöhnen,
doch nimmer werde ich euch zwei vergessen,
denn ihr lebt ewiglich in meinen Genen.

(Übersetzung Johann Kampen)